

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 35. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 13.11.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS	ab 17:20 Uhr
90/DIE GRÜNEN		
Herr Matthias Dreßler	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Frau Sabine Wolff	MA Fraktion	ab 17:15 Uhr
NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE		
Herr Mario Kremling	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	bis 19:00 Uhr
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn Schiller
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	vertreten durch Frau Wolff
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Heiner Schneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
  - 4.1. Bebauungsplan Nr. 121 Dölau, Wohngebiet Kirchweg - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06474
  - 4.2. Bebauungsplan Nr. 121 Dölau, Wohngebiet Kirchweg - Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06729
  - 4.3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 20 "Ehemaliges Kasernengelände in Heide-Nord/Blumenau" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06724
  - 4.4. Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost, 1. Änderung - Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06723
  - 4.5. Baubeschluss Ausbau der Delitzscher Straße, Teilabschnitt zwischen Güterbahnhof und Kanenaer Weg  
Vorlage: IV/2007/06722
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, zur Änderung der BV IV/2007/06243 Grundsatzbeschluss Ausbau Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Büschdorf incl. der Straßenbahnstrecke (3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf)  
Vorlage: IV/2007/06770
  - 5.2. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz  
Vorlage: IV/2007/06769
6. Anfragen
7. Mitteilungen
  - 7.1. mündlicher Bericht zum Stand der IBA-Projekte mit Diskussion - Projekte der Altstadt/ Saline
  - 7.2. Information zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 101.1 Sportzentrum Böllberger Weg
  - 7.3. Information zu Fragen der FDP-Fraktion - Statik der Riebeckplatzbrücke

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Sänger** ist entschuldigt

**Frau Prof. Vent** als Stellvertreterin war auch nicht anwesend.

Es wurde vorgeschlagen, **Herrn Geuther** den Vorsitz für diese Sitzung zu übertragen.

Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bauersfeld** bat, nach dem TOP 4.4 den TOP 5.1 und danach 4.5 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## zu 3 Genehmigung der Niederschrift

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## zu 4 Vorlagen

---

### zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 121 Dölau, Wohngebiet Kirchweg - Abwägungsbeschluss Vorlage: IV/2007/06474

---

**Herr Lunebach** gab kurze Erläuterungen zur Planung.

**Herr Geuther** schlug vor, die Fragen gleich zu TOP 4.1 und TOP 4.2 zu stellen.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte nach, ob das Plangebiet neben dem alten Gaswerk liegt.

**Herr Lunebach** antwortete mit nein.

**Herr Heft** stellte fest, dass auf die Vorschläge des Landesverwaltungsamtes zur Immissions-  
Problematik in der Abwägung nicht genügend eingegangen wurde und fragte nach, warum  
nicht.

**Herr Lunebach** antwortete, dass dies differenziert betrachtet werden müsse:

1. Ein Teilbereich des Plangebietes ist ohne B-Planung nicht bebaubar. Die Orientierungswerte der DIN 18005 werden hier nicht eingehalten, Grenzwerte werden jedoch nicht überschritten.
2. Im anderen Teilbereich des Plangebietes ist die Bebauung bereits jetzt nach § 34 BauGB zulässig. Durch die Übernahme des Bereiches in den räumlichen Geltungsbereich des B-Planes und die Beachtung der Aussagen des Schallschutzgutachtens wird die Situation verbessert.

**Herr Bauersfeld** fragte nach, ob die in der Nähe liegende Schule erweiterungsfähig ist und ob dies mit der Schulverwaltung abgestimmt wurde.

**Herr Lunebach** antwortete, dass hier wie in jedem Verfahren alle Fachbereiche beteiligt wurden. Er geht aber von einem nicht so erheblich steigenden Bevölkerungszuwachs durch die zusätzliche Bebauung in Dölau aus, so dass die vorhandenen Schulen ausreichend sind.

**Herr Geuther** regte an, diese Problematik mit dem Schulverwaltungsamt zu besprechen.

*Die Verwaltung gab eine Zusage.*

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr.121, Dörlau, Wohngebiet Kirchweg wird zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.2      Bebauungsplan Nr. 121 Dörlau, Wohngebiet Kirchweg -  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06729**

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 121 Dörlau, Wohngebiet Kirchweg gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung als Satzung.
2. Die Begründung wird gebilligt.

**zu 4.3      Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 20 "Ehemaliges Kasernengelände in Heide-Nord/Blumenau" -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06724**

---

**Herr Lunebach** gab Erläuterungen über die Notwendigkeit der FNP-Änderung.

Es sind zwei Nutzungsstrukturen geplant: Sport und Wohnnutzung (ortsverträgliche Bauformen).

Ohne FNP-Änderung ist die Wohnnutzung nicht möglich.

**Herr Felke** wollte wissen, ob noch weitere FNP-Änderungen während der Übergangszeit bis zur Gründung des Planungsverbandes vorgesehen sind.

**Herr Lunebach** antwortete, dass noch eine FNP-Änderung vorbereitet wird.

**Herr Felke** wollte wissen, wie der PA in die Bildung des Zweckverbandes einbezogen wird?

**Herr Lunebach** antwortete, dass im Stadtrat November die die Beschlussvorlage vorgelegt wird, in der der Vertreter für den Planungsverband vorgeschlagen wird, von dem auch regelmäßig ein Bericht über die Arbeit des Planungsverbandes erfolgen wird. Die Bildung einer Organisationsstruktur zur Einbindung des PA wäre sinnvoll, konkrete Vorstellungen hierzu gibt es noch nicht.

**Herr Geuther** wollte wissen, in wie weit die Entwicklung von Gewerbe auf dem Grundstück möglich ist.

**Herr Lunebach** gab folgende Erläuterungen:

Zurzeit besteht für den Bereich kein Planungsrecht für Nutzungen. Mit dem Bund wurden unterschiedliche Nutzungsszenarien besprochen u. a. auch die Einrichtung eines Katastrophenschutzentrums. Dies musste aufgrund der Gespräche mit dem Bund aufgegeben werden.

Vom Bund gab es Überlegungen hinsichtlich Gewerbeansiedlungen.

Die Hallen wären auch für gewerbliche Zwecke nutzbar. Dies wurde von der Stadt abgelehnt, da dies nicht kompatibel ist mit der Wohnnutzung in der Umgebung.

**Herr Geuther** gab die Empfehlung, die stark frequentierte Straße zu beachten.

**Herr Lunebach** sagte dies zu und erläuterte, dass ein aktiver Lärmschutz mit Hilfe der Lärmschutzmauer (naturnahe gestaltet) durchgeführt werden soll, wobei nicht nur die Bebauung, sondern auch die Gärten geschützt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt als Voraussetzung für die Umnutzung des ehemaligen Kasernengeländes in Heide-Nord/Blumenau die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 20. Beabsichtigt ist eine Änderung der Darstellung Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Bund in eine Wohnbaufläche sowie eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Sport.

**zu 4.4      Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost, 1. Änderung -  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2007/06723**

---

**Herr Lunebach** gab kurze Erläuterungen zur Planung: älterer B-Plan, Eingangsbereich, voluminöse Bebauung. Es gibt vollzugstechnische Probleme, da es keine Abnehmer für die Bebauung der alten Planung gibt. Deshalb wurde dem Antrag des Vorhabenträgers zur Änderung der Planung entsprochen. Die Änderungen sind positiv zu bewerten und fügen sich besser in die alten Bebauungsstrukturen ein.

Ein Abwägungsbeschluss ist nicht notwendig, da keine Anregungen eingegangen sind.

**Herr Dr. Wöllenweber** bat um Aussagen zum alten Gasometer.

**Herr Lunebach** teilte mit, dass es Altlasten im Bereich des Gasometers gibt. Dazu gibt es nach Aussage des Eigentümers eine Freistellung. Die Nutzung des Gebäudes ist stark begrenzt, Wohnnutzung ist ausgeschlossen. Konkrete Nutzungsüberlegungen liegen noch nicht vor.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung als Satzung.
2. Die Begründung wird gebilligt.

**zu 5.1      Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, zur Änderung der BV  
IV/2007/06243 Grundsatzbeschluss Ausbau Delitzscher Straße  
zwischen Güterbahnhof und Büschdorf incl. der Straßenbahnstrecke  
(3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf)  
Vorlage: IV/2007/06770**

---

**Herr Dr. Pohlack** stellte fest, dass der Antrag formell unzulässig ist. Da der Stadtrat am 27.06.07 den o. g. Grundsatzbeschluss gefasst hat, stellt der Antrag formal einen Änderungsantrag zu einem nicht mehr zur Verhandlung stehen Gegenstand dar, der nach Geschäftsordnung für den Stadtrat unzulässig ist. Trotzdem hat die Verwaltung sich zu den einzelnen Punkten des Antrages schriftlich positioniert.

Auch wenn Zulässigkeit gegeben wäre, wäre er aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen abzulehnen.

**Herr Geuther** fragte die Planungsausschussmitglieder, ob der Antrag trotzdem behandelt werden soll. Es wurde einstimmig die Anhörung gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen der Vorplanung für den Ausbau der Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Büschdorf inklusive der Straßenbahnstrecke (3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf) als Grundlage für die weitere Planung:

1. Die Versorgungsunternehmen HWA und EVH prüfen den Zustand der Ver- und Entsorgungsleitungen und der Kanalisation und führen notwendige Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Ausbaus der Straße durch.
2. Die Straßenbahnstrecke in der Delitzscher Straße wird nur bis zum Knoten 10, Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost ausgebaut. Die Endhaltestelle mit Übergang zum anschließenden Busverkehr wird auf dem Gelände der jetzigen Wendeschleife angelegt.
3. Der besondere Bahnkörper der Straßenbahntrasse wird niveaugleich mit den Fahrspuren der Straße ausgeführt.
4. Die Delitzscher Straße wird im Bereich der Eisenbahnunterführung (RQ2 zwischen Zufahrt Güterbahnhof und Landsberger Straße) so ausgebaut, dass keine Höhenbeschränkungen für LKW nötig sind.
5. Die Straßenbahntrasse wird aus der Mitte der Straße auf die jetzige Fahrspur gelegt. Die Reihenfolge der Spuren von Straßenmitte nach außen ist dann Fahrspur für den Kfz-Verkehr, Straßenbahntrasse, Standspur, Fahrradweg, Gehweg. Die Straßenbahnhaltestellen werden in die Standspur integriert.

Für den Abschnitt zwischen Knoten 10 und Büschdorf werden folgende Änderungen beschlossen:

1. Die Zusammenführung der beiden Straßenbahnspuren zu einer Straßenbahntrasse erfolgt westlich des Knotens 10.
2. Die Rechtsabbiegerspur östlich des Knotens 10 von der Delitzscher Straße in die Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost wird weggelassen.
3. Die Straßenbahntrasse wird auf die nördliche Fahrspur gelegt. Reihenfolge der Spuren von Nord nach Süd im Bereich westlich des Knotens 10 (RQ7) Gehweg, Fahrradweg, Standspur, Straßenbahntrasse, zwei Fahrspuren, Fahrradweg Gehweg.
4. Die beiden Haltestellen westlich des Knotens 10 werden durch eine Haltestelle gegenüber dem geplanten Einkaufsmarkt westlich der Wilhelm-Troll-Straße ersetzt.
5. Die beiden übrigen Haltestellen werden durch eine Haltestelle im Bereich RQ10 zusammengefasst.

**Herr Bauersfeld** erläuterte die einzelnen Punkte seines Antrages.

Die Stadtverwaltung gab zur schriftlichen Stellungnahme, die im PA verteilt wurde, mündliche Erläuterungen. Es wurde darüber diskutiert.

### **Abstimmung zum ersten Teil des Antrages**

Ausbau der Delitzscher Straße **zwischen Güterbahnhof und Büschdorf**

Nach der Diskussion wurde **Punkt 1** als erledigt angesehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Punkt 2**

mehrheitlich abgelehnt.

#### **Punkt 3**

mehrheitlich abgelehnt.

#### **Punkt 4**

mehrheitlich abgelehnt.

#### **Punkt 5**

mehrheitlich abgelehnt.

Die Diskussion für den **Abschnitt zwischen Knoten 10 und Büschdorf** wurde vertagt.

**Herr Weinrich** stellte den Antrag, auf einer der nächsten Sitzungen im Vorfeld des Baubeschlusses zum Abschnitt zwischen Knoten 10 und Büschdorf zu diskutieren.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

#### **zu 4.5 Baubeschluss Ausbau der Delitzscher Straße, Teilabschnitt zwischen Güterbahnhof und Kanenaer Weg Vorlage: IV/2007/06722**

---

**Herr Wagner** gab Erläuterungen zum Baubeschluss.

**Herr Heft** fragte, was passiert, wenn durch die Deutsche Bahn doch die Brücke über die Delitzscher Straße erneuert wird?

**Herr Wagner** antwortete darauf, dass in diesem Fall auch die Stadt einen Teil der Kosten entsprechend dem Eisenbahnkreuzungsgesetz mittragen muss. Die Brücke wurde jedoch untersucht. Es liegt auch ein Gutachten vor, das nachweist, dass die Brücke tragfähig ist. Wenn in zehn bis zwanzig Jahren die Brücke ausgebaut wird, wird die Straße das gewünschte Profil erhalten.

**Herr Bauersfeld** äußerte Bedenken, dass die LKWs nur mit der Begrenzung auf 40 km/h unter der Brücke fahren können.

**Herr Otto** antwortete, dass die Breitenverhältnisse dem Bestand entsprechen. Bereits heute muss die Geschwindigkeit reduziert werden. Für höhere LKW (größer/ gleich 3,8 m) bestehen umwegarme Alternativen (zur B 91/ A38 über die Europastraße und zur B6 über die Berliner Brücke).

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des ersten Teilabschnittes der Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Kanenaer Weg inklusive der Straßenbahnanlagen.
2. Bei einer absehbaren Kostenerhöhung von über 10 % ist unverzüglich ein modifizierter Baubeschluss einzuholen.

#### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

##### **zu 5.2 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz Vorlage: IV/2007/06769**

In der nächsten Sitzung des PA wird dazu ein Baubeschluss vorgelegt. Deshalb wurde der Antrag auf die entsprechende Sitzung verschoben. **Herr Bauersfeld** war damit einverstanden.

#### **zu 6 Anfragen**

- **Herr Felke** bat zu prüfen, ob im Busbahnhof eine öffentliche behindertengerechte Toilette eingerichtet werden kann.

*Wird schriftlich beantwortet!*

- **Herr Ploß** stellte fest, dass der Spielplatz in Heide-Süd sehr gut gestaltet ist und auch sehr gut angenommen wird. Sehr oft kommen Busse mit Schulkindern. Es wurde leider jedoch vergessen, die Folgekosten in den HH-Entwurf einzustellen.

**Herr Dr. Pohlack** erläuterte die Systematik zur HH-Planung.

- **Herr Felke** fragte nach, ob es möglich ist, in absehbarer Zeit die Unterlagen zum Sanierungsbedarf an städtischen Brückenbauwerken zu erhalten.

**Herr Dr. Pohlack** sagte dies zu.

- **Frau Klein** stellte die Ergebnisse der Prüfstatik zur Riebeckplatzbrücke in Frage.



**Herr Tauber** antwortete, dass ein Prüfbericht vorliegt, der feststellt, dass der Beton in Ordnung ist. Es besteht die Möglichkeit zur Akteneinsicht und Gespräch.

**Frau Klein** unterstellte, dass der Unterzeichner des Gutachtens nicht öffentlich zugelassen ist.

**Herr Dr. Pohlack** unterbrach die Diskussion im öffentlichen Teil, da Kritik gegen Personen geäußert wurde. Darüber kann nur im nicht öffentlichen Teil gesprochen werden. Der Gutachter ist öffentlich zugelassen.

**Herr Dr. Pohlack** bat **Frau Klein** um Vereinbarung eines Besichtigungstermins. Seine persönliche Besichtigung wäre sehr aufschlussreich gewesen.

**zu 7            Mitteilungen**  
**zu 7.1        mündlicher Bericht zum Stand der IBA-Projekte mit Diskussion -**  
**Projekte der Altstadt/ Saline**

---

**Herr Lunebach** gab Erläuterungen zu drei Bausteinen der IBA-Projekte.

1. Franckesche Gärten
2. Glaucha
3. Salineinsel

In weiteren Sitzungen werden die Projekte weiter vorgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**zu 7.2        Information zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 101.1**  
**Sportzentrum Böllberger Weg**

---

**Herr Lunebach** erläuterte, dass die Vorlage wegen erforderlicher Klärungen der umweltrechtlichen Problematik erst im Dezember zum Beschluss vorgelegt wird. Deshalb gab er erste Erläuterungen zum Vorhaben in dieser Sitzung, um im Dezember im PA und auch im SR einen Beschluss zur Offenlage fassen zu können.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen.

**zu 7.3        Information zu Fragen der FDP-Fraktion - Statik der**  
**Riebeckplatzbrücke**

---

Liegt schriftlich vor.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

---

Frau Wietzke  
Protokollführerin

Dr. Pohlack  
Beigeordneter

**gez.**  
Herr Geuther  
stellv. Vorsitz